

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Jochen Haug, Martin Hess, Dr. Christian Wirth, Beatrix von Storch, Petr Bystron, Peter Felser, Jörn König, Volker Münz, Christoph Neumann, Jürgen Pohl, Uwe Schulz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Islamische Radikalisierung frühzeitig erkennen – Studie zur politisch-religiösen Einstellung der Muslime in Deutschland erneuern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- In der 2007 im Auftrag vom Bundesinnenministerium erstellten Studie „Muslime in Deutschland“ wurde aufgezeigt, dass sehr viele Muslime Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und Religion haben, die mit der freiheitlichen-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind.
- Die Studie zeigt eine erhebliche Gewaltbereitschaft unter den Muslimen auf. So sagten 7,6 Prozent der befragten Muslime, dass sie bereit seien, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden, wenn es der islamischen Gemeinschaft dient. Hochgerechnet auf die insgesamt 4 Millionen Muslime, die im Jahr 2007 in Deutschland lebten, ergäbe dies eine Zahl von 300.000 Muslimen, die persönlich bereit seien, im Dienst der islamischen Gemeinschaft Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.
- Seit 2007 hat die Anzahl der Muslime in Deutschland erheblich zugenommen, insbesondere durch die massive Asymigration seit 2015. Nach der Hochrechnung der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“ lebten 2019 in Deutschland zwischen 5,3 Millionen und 5,5 Millionen Muslime.
- Ein besonders besorgniserregendes Ergebnis der Studie war, dass die Gewaltbereitschaft unter muslimischen Jugendlichen in Deutschland noch erheblich größer war als unter den befragten Muslimen aller Altersgruppen. 24 Prozent aller befragten Jugendlichen gaben an, dass sie bereit seien, Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden, wenn es der islamischen Gemeinschaft dient.
- Angesichts dieses erheblichen Gefahrenpotentials für die freiheitliche-demokratische Grundordnung in Deutschland ist es an der Zeit, die Studie „Muslime in Deutschland“ von 2007 mit neuen Befragungen zu aktualisieren und ein aktuelles Bild der politisch-religiösen Einstellungen der Muslime in Deutschland zu erhalten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. eine aktualisierte wissenschaftliche Studie zur politischen Einstellung der Muslime in Deutschland nach dem Vorbild der 2007 von der Universität Hamburg erstellten Untersuchung „Muslime in Deutschland“ erstellen zu lassen und
 2. diese aktualisierte Studie wie diejenige von 2007 durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zeitnah zu veröffentlichen.

Berlin, den 19. Februar 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Im Jahr 2004 hatte das Bundesministerium des Innern (BMI) eine Studie zu Fragen von Integration und Integrationsbarrieren in Auftrag geben. Prof. Dr. Peter Wetzels und Katrin Brettfeld von der Universität Hamburg erstellten die Studie, die im Juli 2007 unter dem Titel „Muslime in Deutschland – Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt – Ergebnisse von Befragungen im Rahmen einer multizentrischen Studie in städtischen Lebensräumen“ fertiggestellt wurde. Das Bundesministerium des Innern publizierte die Studie 2007 dem Titel „Muslime in Deutschland“.¹

Im Vorwort dieser Studie stellt Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble fest: „Die Studie gelangt zu dem besorgniserregenden Ergebnis, dass sich in Deutschland ein ernstzunehmendes islamistisches Radikalisierungspotenzial entwickelt hat. Es wird deshalb weiterhin darauf ankommen, Radikalisierungsprozesse möglichst frühzeitig zu erkennen und aufzuhalten.“²

Zur Gewinnung eines umfassenden Bildes der politisch-religiösen Einstellung der Muslime wurden vier Befragungen durchgeführt. Das Herzstück bildete eine standardisierte Befragung einer repräsentativen Stichprobe der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung im Alter ab 18 Jahren. Diese wurde ergänzt durch zwei weitere standardisierte Befragungen, bei denen zum einen Jugendliche aus Schulklassen der 9. und 10. Jahrgangsstufe, zum anderen Studenten verschiedener Universitäten befragt wurden. Den vierten empirischen Untersuchungsteil der Studie bildete eine qualitative Intensivbefragung von erwachsenen Muslimen aus ansonsten schwer zu erreichenden muslimischen Migrantenmilieus.

Im Rahmen der repräsentativen Befragung der erwachsenen muslimischen Wohnbevölkerung wurden bei den Befragten mit insgesamt neun Fragen die Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz erhoben. An den Ergebnissen der Befragung zeigte sich eine erhebliche Demokratiedistanz unter den befragten Muslimen.

- So stimmten 46,7 Prozent der Muslime der Aussage zu: „Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als Demokratie.“
- 48,7 Prozent der Muslime stimmten der Aussage zu: „An den vielen Kriminellen in diesem Land sieht man, wohin Demokratie führt.“
- 33,6 Prozent der Muslime stimmten der Aussage zu: „Der Staat sollte berechtigt sein, schwere Verbrechen mit dem Tod zu bestrafen.“³

Mit weiteren Fragen wurde die Einstellung der Muslime zu politisch-religiös motivierte Gewalt untersucht. Dabei

¹ Katrin Brettfeld und Peter Wetzels: Muslime in Deutschland, herausgegeben vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2007, www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/muslime-in-deutschland-lang-dik.pdf.

² Ebenda, Vorwort von Dr. Bundesminister Wolfgang Schäuble.

³ Ebenda, S. 141

zeigte sich ein großes Gewaltpotential unter den Muslimen in Deutschland.

- So stimmten 38,3 Prozent der Muslime der Aussage zu: „Die Bedrohung des Islam durch die westliche Welt rechtfertigt, dass Muslime sich mit Gewalt verteidigen.“
- 5,5 Prozent der Muslime stimmten der Aussage zu: „Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.“
- 7,6 Prozent der Muslime stimmten der Aussage zu: „Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.“
- 44,3 Prozent der Muslime stimmten der Aussage zu: „Muslime, die im bewaffneten Kampf für den Glauben sterben, kommen ins Paradies.“⁴

Aus der Befragung lässt sich ableiten, dass mehr als ein Drittel der Muslime in Deutschland politisch-religiös motivierte Gewalt für legitim halten. 7,6 Prozent sind sogar bereit, selbst Gewalt gegen Nichtmuslime anzuwenden, wenn es dem Islam dient. Hochgerechnet auf die im Jahr der Studie ca. 4 Millionen Muslime in Deutschland ergibt sich eine Zahl von ca. 300.000 Muslime, welche persönlich bereit sind, im Namen des Islams Gewalt gegen Nichtmuslime anzuwenden.

Ein besonders beunruhigendes Ergebnis der Hamburger Studie war, dass unter den befragten muslimischen Jugendlichen die Gewaltbereitschaft noch um ein Vielfaches höher war.

- So stimmten 21,4 Prozent der befragten muslimischen Jugendlichen der Aussage zu: „Gewalt ist gerechtfertigt, wenn es um die Verbreitung und Durchsetzung des Islam geht.“
- 24 Prozent der muslimischen Jugendlichen stimmten der Aussage zu: „Wenn es der islamischen Gemeinschaft dient, bin ich bereit, körperliche Gewalt gegen Ungläubige anzuwenden.“⁵

Die Gewaltbereitschaft unter den muslimischen Jugendlichen ist damit um den Faktor 3 höher, als unter der muslimischen Allgemeinbevölkerung. Würde man nur die männlichen Jugendlichen betrachten, so wäre der Anteil derjenigen, die persönlich gewaltbereit sind, unter diesen noch höher, da 69,8 Prozent der muslimischen Jugendlichen mit hoher Gewaltbereitschaft männlich sind.⁶

Das besorgniserregende islamistische Radikalisierungspotential, das in dieser Studie der Universität Hamburg aufgedeckt wurde, zeigte sich auch in späteren wissenschaftlichen Untersuchungen.

Auch eine im Jahr 2010 vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Pfeiffer durchgeführte Studie über Gewalterfahrungen von Jugendlichen in Deutschland kam u.a. zu dem Schluss, dass muslimische Jugendliche deutlich gewaltbereiter sind, als nichtmuslimische Jugendliche.⁷

Prof. Dr. Ruud Koopmans zeigte in einer im Jahr 2013 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) erstellte Studie eine erhebliche Verbreitung von islamisch-religiösem Fundamentalismus unter den Muslimen in Westeuropa auf.⁸ Danach sagten 65 Prozent der Muslime, dass ihnen religiöse Regeln wichtiger sind als die Gesetze des Landes, in dem sie leben.⁹ Koopmans zog aus seiner Studie das Fazit, dass das Ausmaß des islamischen religiösen Fundamentalismus bei politischen Entscheidungsträgern ein ernsthafter Grund zur Besorgnis sein sollte.¹⁰

Die besondere Relevanz einer Erneuerung der Studie „Muslime in Deutschland“ ergibt sich aus der stetig zunehmenden Anzahl der Muslime in Deutschland. Laut der im April 2021 veröffentlichten Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“ lebten in 2019 zwischen 5,3 Mio. und 5,6 Mio. Muslime in Deutschland, was einem Anteil von 6,4 % bis 6,7 % an der Gesamtbevölkerung entspricht.¹¹

⁴ Ebenda, S. 176

⁵ Ebenda, S. 319

⁶ Ebenda, S. 324

⁷ Dirk Baier, Christian Pfeiffer, Susann Rabold, Julia Simonson, Cathleen Kappes: Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum, Forschungsbericht Nr. 109, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V., kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_109.pdf.

⁸ Ruud Koopmans: Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit, Muslime und Christen im europäischen Vergleich, in: WZB Mitteilungen, Heft 142, Dezember 2013, S. 21-25, www.wzb.eu/en/media/10498.

⁹ Ebenda, S. 22

¹⁰ Ebenda, S. 25

¹¹ Pfündel, Katrin / Stichs, Anja / Tanis, Kerstin: Muslimisches Leben in Deutschland 2020, Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz, Nürnberg 2021, S. 37

